



**LANDKREIS**  
**ERDING**

## PROTOKOLL

---

**öffentlich**

**Büro des Landrats**  
**BL**

Alois-Schieß-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129  
Fax 08122/58-1109  
elfriede.mayer@lra-  
ed.de

Erding, 16.12.2008  
Az.:

### **3. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 01.12.2008**

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauer, Thomas Dr.  
Biller, Josef  
Eichinger, Gertrud  
Fischer, Siegfried  
Mittermaier, Georg  
Oberhofer, Michael  
Parthier, Nadja  
Patschky, Jürgen  
Peis, Hans  
Schmidt, Markus  
Slawny, Manfred  
Wegmaier, Alexander

#### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin

#### **von der Verwaltung:**

Pelger Caroline  
Fischer Heinz  
Ternes Robert (zu TOP 2)  
Eixenberger Anton  
Helfer Helmut  
Mayer Elfriede (Protokoll)



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nehmen teil:**

Prof. Dr. Kainz und Frau Schüller von der Fachhochschule für angewandtes Management (zu TOP 1)

Herr Dirscherl vom Landratsamt Ebersberg (zu TOP 4)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:10 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Schulentwicklungskonzept  
Fortschreibung des Schulentwicklungskonzept 2012  
Vorlage: 2008/0438
2. Denkmalschutz  
Gewährung von Zuschüssen gemäß Art. 22 Abs. 2 DSchG  
Vorlage: 2008/0437
3. Umweltpreis  
Antrag der FDP-Fraktion auf Einrichtung eines Umweltpreises  
Vorlage: 2008/0440
4. Haushaltsberatung 2009  
Bereich Schulen und Kultur  
Vorlage: 2008/0439
5. Bekanntgaben und Anfragen
- 5.1 Anfrage Kreisrat Biller - FOS



1. Schulentwicklungskonzept  
Fortschreibung des Schulentwicklungskonzeptes 2012  
Vorlage: 2008/0438

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Prof. Dr. Kainz und Frau Schüller von der Fachhochschule für angewandtes Management und bittet, die Fortschreibung des Schulentwicklungskonzeptes vorzustellen. Das Schulentwicklungskonzept sei 2006 mit bestimmten Prognosehochrechnungen erstellt worden.

Büro des Landrats  
BL

**Prof. Dr. Kainz** verteilt an die Ausschussmitglieder die „Fortschreibung des Schulentwicklungskonzeptes“. Er bedankt sich für den Auftrag und erklärt, es sei versucht worden, die prägnantesten Dinge darzustellen. Dabei sei die prognostizierte Demographie näher betrachtet worden. Er zeigt an Hand einer Beamerpräsentation, dass die 2006 prognostizierte Entwicklung fast so eingetreten sei. Es seien alle landkreiseigenen Schultypen und Schulen im Detail angeschaut worden, wie die Raumauslastung sei, was sich inzwischen geändert habe, welche Maßnahmen ergriffen worden seien und wie sich die Auslastung entwickelt habe.

**Frau Schüller** merkt an, sie habe damals die Berechnungen erstellt und stelle fest, dass die Prognosen gar nicht so schlecht waren. Es gebe im Landkreis Erding einen positiven Trend. Die Prognose sei geringfügig mit 0,4 % übertroffen worden. Die auf Seite 4 der Präsentation eingetragene orange Linie zeige die erstellte Prognose, die blaue Linie die neue Prognose.

Auf der nächsten Seite seien die Geburtenzahlen prognostiziert. Es sei ein Geburtenanstieg, der durch das Elterngeld gekommen sei, zu sehen. Es sei nicht abschätzbar, ob dieser Geburtenanstieg bleiben werde. Die Prognose zeige eine Abweichung von etwa 4 %.

Bei den Gymnasien sei festzustellen, dass die Zahlen um 4,5 % bis 6,5 % unterschätzt worden seien. Der Anstieg habe von 2007 auf 2008 etwa 6 % betragen. Letztes Mal habe bereits eine Studie vorgelegen, dass sich die Übertrittsquoten an den Gymnasien um 10 % zugunsten der Gymnasien verschieben werden. Es sei damals (2004) geschätzt worden, dass 34,9 % eines Jahrgangs aufs Gymnasium wechseln. Die Realität seien 36,5 %. Das habe damals nicht einmal das statistische Landesamt annehmen können.

Weiter sei zu sehen, dass das Neue Gymnasium mit 1.065 Schüler aufgeholt habe.

**Kreisrat Biller** stellt fest, die Übertrittsquoten seien mehr als geschätzt gestiegen. Er fragt, ob es eine Untersuchung gebe, wie viele Schüler wieder abbrechen und an die Hauptschule oder an die Realschule wechseln.

**Frau Schüller** antwortet, es sei zu sehen, dass die Eingangsklassen an den Gymnasien mit 32 Schülern stark belegt seien. Bis zur 8. Klasse verlassen viele Schüler wieder das Gymnasium. Von 38 % der Schüler,



**LANDKREIS**  
**ERDING**

die aufs Gymnasium wechseln, bleiben 28 % bis zur 8. Klasse. Der Rest gehe wieder auf die Realschule oder Hauptschule zurück.

**Prof. Dr. Kainz** merkt an, er könne die Langversion der Fortschreibung per €-Mail zusenden. Daraus sei zu sehen, wie sich die Übertrittsquote bis 2012 ändern werde. Ein Großteil werde auch in Erding so eintreten.

**Kreisrätin Parthier** wünscht, die Langversion zu bekommen.

**Der Vorsitzende** sichert eine Verteilung an die Ausschussmitglieder zu.

**Frau Schüller** merkt weiter an, bei den Realschulen liege die Prognose ca. 1 % daneben.

**Prof. Dr. Kainz** erklärt zur „Bilanz der Schulentwicklung“, beim *Anne-Frank-Gymnasium* in Erding sei der Anstieg von 1.079 Schülern (2005/2006 - Auslastung 103,23 %) auf 1.140 Schülern (2008/2009 – Auslastung 100 %) zu sehen. Es sei festgestellt worden, dass 2005/2006 ein Klassenzimmer zu wenig war. Jetzt seien 33 Klassenräume und auch 33 Klassen am Anne-Frank-Gymnasium untergebracht. Probleme ergeben sich derzeit dort durch fehlende Fachräume. Für die „neue Oberstufe“ werde ein eigener Präsentationsraum benötigt. Wenn die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse unter 30 Schülern bis 2012 sein solle, könnten 37 Klassenzimmer notwendig werden. Danach werden die Schülerzahlen wieder sinken. Derzeit liege ein Antrag der Schulleitung vor, zwei Kellerräume umzubauen. Künftig würden dann 35 Klassenzimmer zur Verfügung stehen, die ausreichen.

Beim *Neuen Gymnasium* seien die Schülerzahlen von 686 Schülern (2005/2006 – Auslastung 75,76 %) auf 1.065 Schüler (2008/2009 – Auslastung 100 %) gestiegen. Im aktuellen Schuljahr seien zwei Containermodule mit je zwei Klassenzimmern wegen der FOS/BOS-Nutzung aufgestellt worden. Probleme gebe es bei der Fachraumbelegung aufgrund der Mitbenutzung durch die FOS/BOS. Langfristig werden eine sehr gute Raum- und Fachraumsituation und genügend Platz vorhanden sein, wenn der FOS/BOS-Neubau erstellt sei. Eine Problematik könnte sich noch durch die Ganztagsbetreuung ergeben.

Beim *Gymnasium Dorfen* seien die Schülerzahlen von 1.267 Schüler (2005/2006 Auslastung 148,15 %) auf 1.377 Schüler (2008/2009 – Auslastung 100 %) gestiegen. Seit dem Schuljahr 2005/2006 seien verschiedene Verbesserungen erfolgt (neue Mensa und Küche, die volle Ausnutzung des Neubaus, der Brandschutz sei komplett vollzogen und die Parkplatzsituation verbessert worden). Prof. Dr. Kainz zeigt Bilder von der Schulbegehung beim Gymnasium Dorfen. Im Schuljahr 2005/2006 sei durch die Aufstellung von Containermodulen die Situation vor Ort entzerrt worden. 2008/2009 liege die Auslastung bei 114 %. Wenn mit einbezogen werde, dass ein Kunstraum umfunktioniert werde und die Module noch vorhanden seien, liege die Auslastung bei 100 %. Trotz allem gebe es noch Raumprobleme aufgrund von einem fehlenden Lehrerzimmer, einem Elternsprechzimmer und fehlender Aufenthaltsräume. Als Lösungsmöglichkeit sei geplant, die frühere Hausmeisterwohnung umzubauen. Gegebenenfalls, wenn Gelenkklassen realisiert werden, müssten zusätzliche Module aufgestellt werden. Mit dem Umbau der Hausmeisterwohnung wäre ein großer Engpass behoben.

Büro des Landrats  
BL



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

Zur *Analyse* der Realschulen merkt Prof. Dr. Kainz an, die *Herzog-Tassilo-Realschule* hatte 2005/2006 eine Auslastung von 119,36 % (es haben sechs Klassenzimmer gefehlt) und 2008/2009 liege die Auslastung bei 102 %. Mit der Umnutzung eines Raumes im Keller ergebe sich eine Auslastung von 100 %. Verbesserungen waren der Neubau mit einer technisch sehr hochwertigen Ausstattung, der neu gestaltete Pausenhof, eine neue Überdachung des Pausenhofes und der neue Stockwerksübergang zwischen Alt- und Neubau. Auch dazu zeigt er Bilder von der Begehung des Schulgebäudes.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, die neuen Räume seien erst 2008/2009 erstellt worden.

**Prof. Dr. Kainz** antwortet, es sei die Spanne von damals zur jetzigen Situation dargestellt worden.

Weiter erklärt Prof. Dr. Kainz, die Prognose sei, dass die Klassenanzahl bei 42/43 stagnieren und die Raumsituation in den nächsten Jahren ausreichen werde. Bei den Fachräumen könne versucht werden, den Biologiesaal auf den Chemiebedarf abzustimmen.

**Der Vorsitzende** betont, seines Wissens seien diese Dinge im Haushaltsentwurf bereits eingeplant.

**Prof. Dr. Kainz** merkt an, ein Problem sei die Raumteilung der großen Turnhalle mit 2/3 und 1/3. Doch hier werde nicht großartig eine Änderung möglich sein.

Bei der *Realschule Taufkirchen* haben sich die Schülerzahlen reduziert. Das „Alte Rathaus“ sei 2005/2006 dazu gekommen. Insgesamt stehen derzeit 31 Klassenräume für 24 Klassen im Schulgebäude und 7 Klassen im „Alten Rathaus“ zur Verfügung. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit, noch Fachräume einzurichten.

Zur *FOS/BOS* merkt er an, es sei damals schon ein Neubau empfohlen worden. Die Situation habe sich massiv verschärft. Es habe bei den Schülerzahlen einen Zuwachs gegeben, den niemand hätte prognostizieren können. 2005/2006 sei die Schülerzahl bei 510 (Auslastung 120 %) gewesen. Mittlerweile besuchen 674 Schüler die FOS/BOS. Die Auslastung liege bei 193,33 %. Dabei sei zu berücksichtigen, dass es auch Berufspraktikum dort gebe, die Auslastung falle damit auf 150 %, was trotzdem noch dramatisch sei. Inzwischen sei jedoch der Neubau beauftragt, beschlossen und auch ausgeschrieben. Alle hoffen, dass der Neubau möglichst bald komme, um die Situation zu entzerren. Der Anstieg der Schülerzahlen sei deshalb so massiv gewesen, weil der neue Technikzweig und die Schüler der 13. Klasse FOS hinzugekommen seien.

**Der Vorsitzende** merkt an, das sei nicht abschätzbar und eine politische Entscheidung gewesen, eine 13. Klasse FOS einzurichten.

**Prof. Dr. Kainz** merkt weiter an, 95 % der Schüler kommen aus den Landkreisen der Sachaufwandsträger. Veränderungen könnten sich ergeben, wenn z.B. in München (Unterschleißheim) eine neue FOS



gebaut würde. Es würden dann einige Schüler nicht mehr vom Münchner Bereich nach Erding fahren. Das könnte eine leichte Entzerrung bringen.

**Kreisrat Biller** berichtet, diesbezüglich sei die Schulleitung vom Ministerium aufgefordert worden, bei der Einschreibung im März die Schüler, die aus dem Bereich kommen, zu fragen, ob sie für den Fall dann lieber dorthin gehen würden. Aus Sicht des Ministeriums dürfte der Standort in Unterschleißheim wohl nicht zum Zuge kommen, wohl eher ein Standort im Süden Münchens.

**Kreisrätin Eichinger** fragt, ob dies bereits zum Schuljahr 2010/2011 der Fall sein wird.

**Prof. Dr. Kainz** weist darauf hin, es sei bei der FOS/BOS zu sehen gewesen, dass die Zahlen nicht genau berechnet werden konnten. Er denkt, es sei damit frühestens zum Schuljahr 2010/2011 zu rechnen.

**Kreisrat Biller** merkt an, das sei eine Untersuchung. Die Bedingung für einen Neubau sei, dass andere Schularten dadurch nicht unwirtschaftlich werden dürfen.

**Der Vorsitzende** denkt, dass könne im Detail in der momentanen Planung nicht berücksichtigt werden.

**Prof. Dr. Kainz** merkt weiter an, bei den *Förderzentren* sei es wichtig, dass nicht alles rein quantitativ betrachtet werde. Es gehe bei den Förderzentren um pädagogische Konzepte. Eine Durchschnittsklasse habe etwa 12,5 Kinder. Bei den Schülerzahlen sei 2008/2009 ein leichter Anstieg festzustellen. Es sei prognostiziert worden, dass die Schülerzahl stagniere. Er weist darauf hin, dass in der Vorlage die Zeiträume (Seite 47) richtig heißen müssen: 2005/2006, 2006/2007 und 2008/2009.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass die schulvorbereitende Einrichtung (SVE) mit zusätzlich zwei Klassen angeboten werde. Das sei damals nicht abschätzbar gewesen.

**Prof. Dr. Kainz** ergänzt, der mobile Dienst sei leicht zurückgegangen und werde weiter leicht zurückgehen. Die Kooperationsklassen seien nicht separat dargestellt worden, weil die an den Hauptschulen beschult werden.

**Kreisrat Mittermaier** merkt an, es seien an den Grundschulen für ein paar Schüler mit geringem Förderbedarf Kooperationsklassen eingerichtet worden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, Prof. Dr. Kainz sage deshalb zu Recht, Kooperationsklassen dürfen im Raumprogramm bei den Sonderpädagogischen Förderzentren nicht gerechnet werden, weil die an den Grundschulstandorten untergebracht seien.

**Prof. Dr. Kainz** merkt weiter an, Handlungsbedarf werde es geben, wenn die SVE-Klassen zunehmen würden. Für weitere Klassen seien keine Räume vorhanden. Die Schulleitung habe ein Raumprogramm in Auftrag gegeben. Sobald das Raumprogramm vorliege, sollte danach gehandelt werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** merkt an, es seien 1 Mio € im Haushaltentwurf für investive Maßnahmen eingeplant worden.

**Kreisrat Patschky** stellt fest, dass die Schülerzahlen nicht mit der ausgeteilten Tischvorlage übereinstimmen.

**Der Vorsitzende** erklärt, es seien 99 Schüler am Förderzentrum Dorfen, dazu kommen 23 Schüler in den schulvorbereitenden Einrichtungen, zusammen 122 Schüler. Die Zahlen in der Tischvorlage seien richtig.

**Kreisrätin Eichinger** denkt, es werden die Kooperationsklassen verstärkt in den Schulen Einzug finden und dazu müssen auch die Lehrer einen Platz in der Schule haben.

**Der Vorsitzende** merkt an, das würde bedeuten, umgekehrt reagieren zu müssen. Wenn mehr Kooperationsklassen an den Grundschulen gebildet werden, werde das Klassenzimmer nicht am Sonderpädagogischen Förderzentrum erforderlich. Mehr Kooperationsklassen würden eher zu einer Entlastung am Sonderpädagogischen Förderzentrum führen.

**Prof. Dr. Kainz** ergänzt, förderbedürftige Kinder seien außerhalb der Förderzentren untergebracht. Die Reg. v. Obb und das Kultusministerium möchten, dass Mentoren an den Grundschulen eingesetzt werden.

**Kreisrat Mittermaier** merkt an, das sei der mobile Dienst.

**Kreisrätin Eichinger** denkt, der Raumbedarf werde bleiben, weil die Zahl der Lehrer steigen werde.

**Prof. Dr. Kainz** sagt, es sei die Frage, wo die zugeordnet werden. Das wisse er derzeit nicht.

**Kreisrat Mittermaier** merkt an, die Lehrer seien dem Förderzentrum zugeordnet. Es seien keine Erhöhung und auch kein Ausbau der Förderzentren geplant.

**Prof. Dr. Kainz** merkt an, diese Aussage habe die Reg. v. Obb auch auf Anfrage so mitgeteilt. Es sei geplant, die Kooperationsklassen zu stärken, was einen leichten Widerspruch darstelle, weil der mobile Dienst scheinbar weniger werde. In Dorfen werde sich an der Situation nichts ändern.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, ein Teil der Erklärung könnte sein, dass die Grundschüler insgesamt deutlich weniger werden.

**Kreisrat Mittermaier** sagt, es werden ca. 150 Grundschüler pro Jahr weniger. Bei 6.000 Schülern werden es in zwei Jahren ca. 300 Schüler sein. Das werde sich in den nächsten Jahren so weiter vollziehen.

**Kreisrat Slawny** fragt, ob es keine Kooperationsklassen im Hauptschulbereich gebe.

**Kreisrat Mittermaier** merkt an, es werde je nach Förderbedarf flexibel reagiert werden müssen. Derzeit werde eine Kooperationsklasse in der 5. Jahrgangsstufe angeboten. Es gebe Schüler mit unterschiedlichstem

Förderbedarf. Deshalb werden Unterbringungsmöglichkeiten gebraucht, weil äußerlich nach den Fördermaßnahmen differenziert werden müsse.



**LANDKREIS**  
**E R D I N G**

**Prof. Dr. Kainz** erklärt weiter, die Gastschulanträge aus dem Landkreis Mühldorf seien vermehrt aufgetreten. Derzeit besuchen zwar nur fünf Gastschüler aus dem Landkreis Mühldorf das Förderzentrum Dorfen, jedoch nehmen die Anfragen aufgrund der günstigeren Anfahrtswege, der Qualität der Schule und des Ganztagesangebots zu.

Büro des Landrats  
BL

Beim *Förderzentrum Erding* gebe es von Seiten der Schulleitung eine hohe Zufriedenheit mit den Räumen, der Parkplatzsituation und der Busschleife. Die Schulleitung möchte als Ziel den Einstieg in die Ganztagschule verfolgen.

Zum *Ausblick* merkt Prof. Dr. Kainz an, es sei festzustellen, dass sich seit 2005/2006 sehr viel geändert habe und Maßnahmen in die richtige Richtung geführt haben. Die hohen Auslastungsgrade haben reduziert werden können. Die Klassenstärken haben sich insgesamt normalisiert. Es sei zu sehen, dass in die Gymnasien sehr viele Schüler wechseln, die dann in der 7. und 8. Klasse das Gymnasium wieder verlassen. Das verstärke den Druck auf die Realschulen und auch auf die Hauptschulen. Die Klassenstärken seien anfangs bei etwa 32 Schülern am Gymnasium, in der 7. und 8. Klasse reduziere sich die Klassenstärke auf 28,7 Schüler. Umgekehrt sei es bei den Realschulen, dort steige die Schülerzahl an.

Ein weiterer Handlungsbedarf werde bei der FOS/BOS gesehen. Davon sei auch das neue Gymnasium in Erding betroffen.

Am Förderzentrum Dorfen sollte die Situation verbessert werden.

Ein weiterer Handlungsbedarf werde am Anne-Frank-Gymnasium gesehen. Es werde der Umbau der zwei Kellerräume empfohlen, um mehr Kapazität zu schaffen.

Beim Gymnasium Dorfen sollte durch den Einbezug der früheren Hausmeisterwohnung die Situation entspannt werden.

Zum *Ausblick* stellt er fest, die Migrationszahlen haben sich, wie bereits im „Schulentwicklungskonzept 2012“ prognostiziert, weiter in Richtung Gymnasien verschoben. 2006 sei die Übertrittsquote in die Gymnasien 36,7 % gewesen, 2007 waren es bereits 37,8 %. Die Veränderungen der Übertrittsquoten in den vergangenen Jahren lassen eine weitere Zunahme auf die Gymnasien bzw. Realschule von ca. 1 % jährlich erwarten. Er werde per €-Mail die Weiterentwicklung der Verhältnismäßigkeiten des Schulsystems schicken. Dabei sei zu sehen, dass 2012 in etwa der Wert der Hauptschulen bei den Eintrittsklassen bei 21 %, 22 % sein dürfte.

**Kreisrat Schmidt** interessiert die Übertrittsquote ab der 7. und 8. Klasse an die Realschulen.

**Frau Schüller** merkt an, die Quote liege bei 28 %. Ungefähr 10 % der Schüler verlassen das Gymnasium wieder.



**Kreisrätin Eichinger** fragt, ob bekannt sei, wie sich im Landkreis Mühldorf die Schülerzahlen entwickeln oder ob dort Schulbauten geplant seien. Sie denkt, das würde auch die Schulen in Dörfern betreffen.

**Prof. Dr. Kainz** antwortet, 2005/2006 sei die Erhebung im Landkreis Mühldorf mit durchgeführt worden, wie viele Gastschüler umgekehrt auch dort waren. Das sei bei dieser Fortschreibung nicht erfolgt.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** meint, es wäre auch für den Landkreis Erding nicht vorteilhaft, wenn die Gastschüler aus dem Bereich wegfallen würden, weil die Schule dann nicht mehr so viele Schüler haben würde. Die Untersuchung sei deshalb vor zwei Jahren gemacht worden, weil der Erweiterungsbau in Dörfern geplant war. Es war die Überlegung, ob die Investition in die Erweiterung des Gymnasiums Dörfern richtig sei, wenn in einem Nachbarlandkreis eine Verbesserung der Situation geplant würde. Es sei damals klar gewesen, dass weiterhin mit dem Anteil der Schüler aus Mühldorf (Buchbach, Schwindegg) und Landshut (Velden) sowohl für die Realschule Taufkirchen als auch für das Gymnasium Dörfern und das Sonderpädagogische Förderzentrum zu rechnen sei. Am deutlichsten sei der Anteil der Schüler aus anderen Landkreisen am Gymnasium Dörfern mit ca. 18 %. Er denkt, dass der Bedarf mit den vorhandenen Räumlichkeiten abgedeckt werden könne.

**Kreisrat Mittermaier** merkt an, bei der Analyse seien die landkreiseigenen Schulen untersucht worden. Es sei davon auszugehen, dass sich die Übertrittsquote der Schüler zwischen 1 %, 2 % und 3 % erhöhen werde. Das werde Auswirkungen auf die Hauptschulen haben, die nicht erfasst worden sind. Er bittet den Vorsitzenden und das Gremium, im Sinn der Schulverbände im Landkreis, die noch Hauptschulstandorte sind, dass auch sie entsprechende Entwicklungszahlen bekommen, um für die Hauptschulen planen zu können. Er möchte deshalb den **Antrag** stellen, dass Prof. Dr. Kainz beauftragt werde, die Schulentwicklung im Landkreis unter Berücksichtigung von Gelenkklassen, eventuell steigender Übertrittsquoten und eventuell von Möglichkeiten von sog. Regionalschulen zu erstellen. Er denkt, dass die Kommunen vor Ort die Leistung nicht erbringen können. Für die weitere Planung wäre es ein großer Vorteil, entsprechende Zahlen zu bekommen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, das sei ein zusätzlicher Aspekt. Grundsätzlich sei der Landkreis aber für die Hauptschulplanung nicht zuständig. Hier sei jedoch der spezielle Grund genannt worden. Die Bildung von sog. Regionalschulen, die Einführung von Gelenkklassen und die höheren Übertrittsquoten bedeuten unmittelbare Auswirkungen auf die Schultypen, wo der Landkreis die Sachaufwandsträgerschaft habe. Von daher sei der Vorschlag begrüßenswert.

**Kreisrätin Eichinger** begrüßt den Vorschlag von Kreisrat Mittermaier und wünscht, das Schulentwicklungskonzept auch in Bezug auf die Ganztagesbeschulung und den M-Verband auszuweiten.

**Der Vorsitzende** denkt, dabei müsse schon aufgepasst werden, weil Ganztageschulen mit Übertrittsquoten nichts zu tun haben. Er würde

empfehlen, in Abstimmung mit dem Schulamt eine Erweiterung des Schulentwicklungskonzeptes vorzunehmen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Parthier** merkt an, ihres Wissens sei geplant, pro Bezirk eine Versuchsschule (Regionalschule) einzurichten. Sie fragt, ob der Landkreis Erding bereits einen Antrag gestellt habe und ab wann eine Regionalschule für den Landkreis aktuell werden könnte.

**Der Vorsitzende** denkt, dass erst die Richtlinien dafür erarbeitet werden müssen.

**Kreisrat Biller** merkt an, in der Fortschreibung „Analyse der Schulen im Landkreis Erding“ vermisste er die Berufsschule Erding.

**Prof. Dr. Kainz** antwortet, die Berufsschule sei in der Fortschreibung nicht berücksichtigt worden.

**Kreisrat Mittermaier** ergänzt noch, für die Ganztagesbetreuung an den Schulen werden die Kommunen sehr viel investieren müssen. Deshalb sei es für die Kommunen wichtig zu wissen, in welche Richtung zu planen sei.

**Kreisrat Oberhofer** denkt, fünf Wochen nach der Koalitionsvereinbarung sollte zunächst geprüft werden, welche Auswirkungen zu erwarten seien. Trotzdem sei es wichtig schnell zu reagieren.

**Kreisrat Fischer** denkt, vielleicht sei es dem Sachaufwandsträger möglich zu erfahren, was das Ministerium an Änderungen „noch in der Schublade habe“. Er denkt, es sei wichtig, das Schulentwicklungskonzept landkreisweit zu machen.

**Der Vorsitzende** stimmt Kreisrat Oberhofer zu, wenn gewartet würde, bis ein Antrag auf eine Regionalschule vorliege, könne nicht mehr schnell reagiert werden. Deshalb mache eine Prüfung schon Sinn.

**Kreisrätin Eichinger** fragt zum Gymnasium in Markt Schwaben, ob schon bekannt sei, wie die Schüler in den nächsten Jahren zugewiesen werden.

**Der Vorsitzende** antwortet, das Ministerium habe die entsprechenden Zuweisungen getroffen und gemeindebezogen die Beförderungskosten festgelegt. Eine Ausnahme sei nur in begründeten Fällen möglich.

**Prof. Dr. Kainz** merkt zum Vorschlag der Ausweitung des Konzeptes an, dass wichtig sei, einen bestimmten Zeithorizont, nicht nur bis 2012, sondern eher bis 2020 festzulegen. Auch sollten internationale Trends berücksichtigt werden.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0005-14

Der Ausschuss für Bildung und Kultur nimmt die Fortschreibung des Schulentwicklungskonzeptes 2012 zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

Empfehlung an den Kreisausschuss:

Eine Erweiterung des Schulentwicklungskonzeptes ist durchzuführen in Bezug auf Auswirkungen von Hauptschulstandorten, im Bezug auf Gelenkklassen, eventuell steigender Übertrittsquoten und der probeweisen Einführung von sog. Regionalschulen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Prof. Dr. Kainz und Frau Schüller für die Präsentation. Er bittet, die entsprechenden Konzepte per €-Mail dem BL zuzuleiten, um sie an die Ausschussmitglieder weiterleiten zu können.

## **2. Denkmalschutz**

### **Gewährung von Zuschüssen gemäß Art. 22 Abs. 2 DSchG**

**Vorlage: 2008/0437**

**Der Vorsitzende** verweist auf die an die Ausschussmitglieder versandte Vorlage. Im Haushalt 2008 seien 90.000 € eingeplant. Für die beantragten Maßnahmen werden 88.378 € erforderlich.

**Herr Ternes** merkt an, 2008 seien 14 Anträge eingegangen. Er verliert die einzelnen im Vorlagebericht aufgeführten Maßnahmen. Zu Punkt 8 im Vorlagebericht merkt er an, dass die "Erarbeitung eines Restaurierungskonzepts für die Evangelistenbüsten von Christian Jorhan in der Kirche Sankt Georg in Riding" sei. Diese Anmerkung sei im Vorlagebericht nicht aufgeführt.

Weiter erklärt er, alle Anträge, die bis zum 31.10.2008 eingereicht worden sind, seien behandelt worden.

**Kreisrat Patschky** fragt, ob der Antrag zur Renovierung der Pfarrkirche Dorfen im nächsten Jahr behandelt werde.

**Herr Ternes** sagt, es liege bisher noch kein Antrag vor.

**Der Vorsitzende** bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0006-14

Von den im Vorlagebericht aufgeführten im Laufe des Jahres 2008 gestellten Anträgen auf Bezuschussung der Renovierung von Kunstdenkmälern werden die unter den Nummern 1 bis 14 aufgeführten Maßnahmen mit einem Satz von 4 % der zuschussfähigen Kosten gefördert.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

## **3. Umweltpreis**

### **Antrag der FDP-Fraktion auf Einrichtung eines Umweltpreises**

**Vorlage: 2008/0440**

**Der Vorsitzende** verweist auf die an die Ausschussmitglieder versandte Vorlage und merkt an, dass es derzeit schon einen Umweltpreis gebe. Er verliert aus den „Richtlinien über die Verleihung des Kulturpreises des Landkreises Erding § 3 Abs. 2: "Der Kulturpreis soll insbesondere eine Anerkennung sein für die Leistungen von Einzelpersonen, Gruppen und Vereinigungen zum Wohle der Kultur, des Brauchtums, der Heimat- und

Landespflege sowie des Denkmal-, Natur- und Umweltschutzes im Landkreis Erding und....“



Im Bereich Umwelt und Natur sei der Preis 2002 an Josef Irl, Gartenbau- und Landschaftspflege in Lengdorf, 2006 an den Obst- und Gartenbauverein Sankt Wolfgang und 2007 an den Heimat- und Verschönerungsverein Taufkirchen vergeben worden. Alle drei Geehrten haben für ihre Leistung im Bereich Umwelt den Kulturpreis des Landkreises Erding bekommen.

**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Der Vorsitzende denkt, mit einem Umweltpreis würde vielleicht nicht die hohe Wertschätzung der Umwelt- und Naturschutzleistungen gewürdigt, wie mit einem Kulturpreis.

Der Kulturpreis beinhalte den Umwelt- und Naturschutzgedanken und sei eine hochwertige Auszeichnung. Sollte extra ein Umweltpreis geschaffen werden, müssten die Richtlinien über die Verleihung des Kulturpreises geändert werden. Damit würde nicht mehr festgestellt, dass Gartenbau- und Landschaftspflege auch den Wert von kulturellen Leistungen bedeuten.

**Kreisrat Peis** findet sei wichtig, dass der Umweltbereich gewürdigt werde. Dafür gebe es den Kulturpreis des Landkreises Erding. Wenn preiswürdige Vorschläge eingereicht werden, werden diese auch berücksichtigt.

Über die Vorschläge werde im Vorprüfungsgremium beraten. Kreisrat Peis denkt, dass der Preis eine entsprechende Würdigung erfahre, wenn darüber nicht politisch entschieden werde. Mit der Vergabe des Kulturpreises bestehe die Möglichkeit, preiswürdige Personen oder Einrichtungen zu honorieren.

**Der Vorsitzende** ergänzt, er führe derzeit Gespräche, ob nicht anderweitig, z.B. Geldinstitute oder andere Einrichtungen, dafür zu gewinnen seien, eine Art Energie- und Umweltpreis zu schaffen. Ähnliches gebe es bei der Stadt Erding. Die Stadt Erding habe gebeten, mit unterstützend bei der Vergabe eines Umweltpreises dabei zu sein.

**Kreisrat Wegmaier** denkt, wenn bereits Gespräche geführt werden, sei es nicht notwendig, extra einen Umweltpreis zu schaffen.

**Kreisrätin Eichinger** zeigt sich erfreut, dass der Gedanke aufgegriffen worden sei. Einen Antrag habe die SPD-Fraktion schon 2007 gestellt. Bezüglich der Wertschätzung eines Umweltpreises würde sie schon vorschlagen, separat einen Umweltpreis zu schaffen, weil sie den Eindruck habe, dass der Kulturpreis mehr aus der kulturellen Sichtweise betrachtet werde. Wenn es ein eigenes Preisgremium geben würde, könnte der Umwelt- und Naturschutzgedanke eigenständig angesiedelt werden, zumal auch der Landkreis mit der Passivhausbauweise mit großen Schritten voraus gehe. Sollten im Moment nicht so viele Vorschläge genannt werden, könnte sie sich vorstellen, einen Umweltpreis alle zwei Jahre zu verleihen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Vorprüfungsgremium jeweils die Fachexperten hinzugezogen werden. Für die Untere

Naturschutzbehörde werde Herr Euringer und für den Bereich Kultur der Kreisheimatpfleger und die Fachleute beteiligt.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Eichinger** denkt, dass vielen nicht bewusst sei, dass auch Anträge für den Bereich Umwelt eingereicht werden können.

**Der Vorsitzende** merkt an, jedes Jahr werde in der Presse darauf hingewiesen. Es könnte beim nächsten Mal ein extra Hinweis erfolgen, dass die Umweltleistungen, der Naturschutz mit berücksichtigt werden. Heuer sei auffällig gewesen, dass nur zwei Vorschläge aus dem Bereich Umwelt eingereicht worden sind.

**Kreisrat Schmidt** stellt fest, der Name sei Kulturpreis. Er denkt es sei wichtig, dass es gleichzeitig einen Umweltpreis gebe. Es gebe viele außergewöhnliche Leistungen im Bereich Umwelt. Er sei überzeugt, wenn es einen Umweltpreis geben würde, dass dann auch mehr Vorschläge eingereicht würden.

Er zeigt sich enttäuscht über die Abstimmung. Die Vorschläge werden vom Vorprüfungsgremium beraten und vorgeschlagen und das Gremium stimme den Vorschlägen zu. Das finde er nicht sehr demokratisch. Er denkt, der Landkreis sollte einen Umweltpreis vergeben, weil Kultur und Umwelt wichtige Säulen seien.

**Der Vorsitzende** merkt an, es könnte auch der Ausschuss darüber entscheiden. Das wäre eine klare Abwertung des Kulturpreises. Er kenne keinen Preis, über den ein politisches Gremium entscheidet. Zudem könne jeder Landkreisbürger Vorschläge einreichen. Es werde rechtzeitig in der Presse bekannt gegeben, dass Vorschläge eingereicht werden können.

**Kreisrat Schmidt** stellt fest, das Vorprüfungsgremium sei auch nicht frei von Gefühlen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass im Vorprüfungsgremium auch externe Beteiligte hinzugezogen werden.

**Kreisrat Fischer** stellt fest, die Richtlinien beinhalten beide Preise. Das Vorprüfungsgremium sei auch in der Lage, Entscheidung für den Bereich Umwelt treffen zu können. Es sei nicht notwendig, extra einen Umweltpreis zu installieren.

**Kreisrat Wegmaier** stellt fest, der Umweltgedanke sei im Kulturpreis enthalten und das sollte auch so bleiben.

**Kreisrätin Parthier** merkt an, sie habe den Antrag mit eingereicht. Es solle der Bereich Kultur und der Bereich Umwelt gleichwertig gegenübergestellt werden. Im Landkreis gebe es viele Bürger, die sich im Umweltschutz für die Pflege der Umwelt und Natur engagieren. Es habe bislang Preisträger aus dem Bereich gegeben, die Zahl sei jedoch gering im Verhältnis, wie groß die Bedeutung des Themas Umweltschutz in der Gesellschaft sei. Von Kreisrat Utz sei eine Liste vorgelegt worden, die noch ergänzt werden könnte, mit Kindergärten oder Schulen, die Kinder besonders mit der Umwelt vertraut machen, auch die Imker seien vergessen worden. Es könnten auch Schüler sein, die Facharbeiten zu bestimmten Umweltthemen schreiben, etc. Sie denkt, der Kulturpreis



werde vom Bürger als Kulturpreis wahrgenommen und Kultur werde nicht im Zusammenhang mit Umwelt gesehen. Die Frage sei, wie das letztlich geändert werden könne. Die einzige Möglichkeit, der Wertigkeit des Themas Rechnung zu tragen sei, den Kulturpreis zu teilen und einen Umweltpreis einzurichten. Sie glaubt, es würde dem Landkreis gut zu Gesicht stehen, als Landkreis den Umweltpreis zu verleihen und nicht in Kooperation mit einem Partner aus der Wirtschaft. Sie würde sich freuen, wenn der Antrag Unterstützung finden würde. Sie möchte die Masse der Bürger begeistern. Deshalb sei es wichtig, ein Signal an die Bürger zu geben.

**Der Vorsitzende** antwortet, die vorgelegte Liste könnte auch für den Kulturpreis eingereicht werden. Er weist aber auch darauf hin, dass eine Vielzahl der Aktivitäten berufsbedingt sei. Für die Wertigkeit des Preises sei es auch nicht entscheidend, wer den Vorschlag eingebracht habe.

**Kreisrat Dr. Bauer** spricht sich dafür aus, den Kulturpreis zu lassen wie bisher. Er denkt, die Außenwirkung, dass der Preis auch den Bereich des Umweltschutzes beinhaltet, komme jedoch nicht so zur Geltung. Er schlägt als Kompromiss vor, den Kulturpreis in Kultur- und Umweltpreis umzubenennen. Es sollte aber bei einem Preis bleiben. Die Kulturpreisverleihung sei ein würdiger Rahmen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, in den Amtsblättern der Gemeinden und in der Presse darzustellen, dass der Kulturpreis auch den Bereich Umwelt beinhaltet.

**Kreisrat Mittermaier** merkt an, es sollten keine Gegensätze konstruiert werden. Umwelt sei ein Teilbereich der Kultur. Der Kulturpreis habe ein sehr hohes Ansehen im Landkreis. Er warnt davor, den Bereich Umwelt herauszunehmen.

**Kreisrat Slawny** merkt an, es gebe auch ein Umweltministerium und ein Kultusministerium. Er denkt, die Leistungen seien schwer vergleichbar. Der Rahmen sollte der gleiche bleiben, es sollte einen Kulturpreis und einen Umweltpreis geben.

**Kreisrätin Parthier** glaubt nicht, dass der Kulturpreis an Ansehen verlieren würde, wenn ein Umweltpreis extra eingerichtet würde, im Gegenteil, es würde das hohe Ansehen des Kulturpreises mit transferiert. Ihr Gedanke sei, den Kulturpreis zu teilen. Die Preise könnten in einer gemeinsamen Veranstaltung verliehen werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, dann wäre die Vorgabe, einen Kulturpreis und einen Umweltpreis zu vergeben. Es könne aber vorab nicht gesagt werden, welche Vorschläge eingereicht werden.

**Kreisrat Biller** geht davon aus, dass in der Urkunde zum Ausdruck gebracht werde, um welche Art Preis es sich handelt. Beim Kulturpreis lautet die Urkunde: Kulturpreis des Landkreises Erding - „In Anerkennung des künstlerischen Schaffens“ und beim Umweltbereich „In Anerkennung der Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes“.

**Kreisrat Fischer** stimmt dem Vorschlag von Kreisrat Dr. Bauer zu, den Kulturpreis in Kultur- und Umweltpreis umzubenennen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, der Antrag von Kreisrat Utz und Kreisrätin Parthier sei so nicht gestellt worden. Er bringt den Antrag auf Einrichtung eines Umweltpreises zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 4 Stimmen.**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, wenn eine Änderung des bisherigen Kulturpreises vorgeschlagen werde, sollte der entsprechende Antrag eingereicht werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Er bringt folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0007-14

Die Einrichtung eines Umweltpreises wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 9 : 4 Stimmen.**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**4. Haushaltsberatung 2009**  
**Bereich Schulen und Kultur**  
**Vorlage: 2008/0439**

**Der Vorsitzende** begrüßt Herrn Dirscherl vom Landratsamt Ebersberg. Er verweist auf die umfangreiche Vorlage und bittet, spezielle Anmerkungen vorzutragen.

**Kreisrat Schmidt Markus** fragt auf Seite 8, Realschule Erding, HHSt 5441 „Strombezugskosten“ und HHSt 5450 „Wasserversorgung“, warum die HH-Ansätze sich bei der Realschule Erding derart erhöht haben und bei der Realschule Taufkirchen (Seite 14) konstant geblieben seien.

**Der Vorsitzende** antwortet, bei der Realschule Erding sei der Erweiterungsbau mit einkalkuliert worden. Die Kosten werden sich dadurch erhöhen.

**Kreisrat Fischer** fragt zu Seite 7, Realschule Erding, HHSt 5010 „Unterhalt eigener Gebäude“, warum der HH-Ansatz von 174.000 € auf 287.500 € erhöht worden sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, in der HHSt seien die neue Schulküche mit 17.900 €, Bodenbelagserneuerung mit 4.500 €, Einrichtung eines Essraumes mit 7.500 €, usw. mit insgesamt 387.500 € eingeplant worden. Dabei seien noch Haushaltsausgabereste aus dem letzten Jahr mit zu verwenden. Im Frühjahr 2009 werde die Einweihung des neuen Erweiterungsbaues stattfinden.

**Kreisrat Peis** fragt, ob ein Ansatz für die Erweiterung des Schulentwicklungskonzeptes auf den Bereich der Hauptschulen bereits im Haushalt eingeplant sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, dafür sei noch kein Ansatz gebildet worden.

**Kreisrat Wegmaier** verweist auf die Seiten 13 und 15, HHSt 1622 „Gastschulbeiträge“ und fragt, warum sich die Gastschulbeiträge auf Seite 13 reduzieren und auf Seite 15 erhöhen.

**Herr Eixenberger** antwortet, von den Landkreisen Landshut und Mühldorf nehme der Landkreis weniger Gastschulbeiträge ein. Die Schüler aus Moosburg (Landkreis Freising) seien heuer neu bei der Realschule Taufkirchen veranschlagt worden. Im Vorjahr waren sie bei der Realschule Erding veranschlagt.

**Kreisrat Fischer** erinnert an den Beschluss, dass für die Erweiterung der Realschule Taufkirchen nicht mehr als 400.000 € ausgegeben werden



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

sollen. Die Kosten liegen nun bei 445.000 € Er fragt, ob noch mehr Kosten auf den Landkreis zukommen werden.

**Der Vorsitzende** erklärt, im Bereich der Realschule Taufkirchen gebe es rückläufige Schülerzahlen. Im letzten Schuljahr waren es 951 Schüler und im Schuljahr 2008/2009 925 Schüler. Es sei tatsächlich eine Klasse weniger gebildet worden. Er habe deshalb gebeten, momentan die Einrichtung von zusätzlichen Klassenzimmern auf Eis zu legen. Jedoch sei die Eingangssituation zu überplanen. Der Schulleiter habe um eine verschließbare Türe mit Rufanlage zum Sekretariat gebeten. Auch sei die Rückwidmung von Fachräumen im Stammgebäude, usw. im Gespräch. Diese Dinge seien im Konzept nicht berücksichtigt gewesen. Die komplette Ausbausituation solle jedoch derzeit nicht erfolgen, weil die weitere Entwicklung bezüglich der Schülerzahlen nicht vorhersehbar sei.

**Kreisrat Wegmaier** fragt zu Seite 77, HHSt 6391 „Kosten der Schülerbeförderung...“, warum der Ansatz auf 2.560.000 € erhöht worden sei.

**Der Vorsitzende** antwortet, es müssen für deutlich mehr Schüler die Beförderungskosten erstattet werden. Er berichtet, im laufenden Schuljahr 2008/2009 müssen insgesamt 481.000 € mehr für die Schülerbeförderung ausgegeben werden. Bedingt durch die Umstellung auf das Wertmarkensystem müssen 1 1/4 Jahre im Haushalt 2009 eingerechnet werden. Der Anteil von einem Vierteljahr werde im Haushalt 2008 eingespart. Künftig werde es eine monatliche Abrechnung geben. Die echte Steigerung seien 81.000 €

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, verweist der Vorsitzende auf die ausgeteilte Tischvorlage. An freiwilligen Leistungen sollen für das Bündnis „Bunt statt braun“ 2.000 € eingeplant werden. Für den Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege seien 4.200 € im Haushaltsentwurf eingeplant. Es sei der Antrag auf einen Zuschuss i.H.v. 6.000 € gestellt worden.

**Kreisrat Peis** denkt, es sei schwierig, aufgelistete Maßnahmen zu streichen.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, der Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege wirtschaftete wirklich sparsam und erledigt für den Landkreis bestimmte Dinge (Fassadenpreisverleihung des Landkreises, etc.) Herr Sattelmair sei auch als Geschäftsführer des Kreisvereins tätig.

**Kreisrat Fischer** schlägt vor, dem Kreisverein für Heimatschutz und Denkmalpflege freiwillige Leistungen von 6.000 € zu gewähren.

**Der Vorsitzende** fragt, ob damit Einverständnis besteht.

Damit erklären sich alle Ausschussmitglieder einverstanden.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, dass gegen Nachweis die Höhe der freiwilligen Leistungen gewährt werden solle. Sollte eine Maßnahme wegfallen, wäre eine Zuschussgewährung nicht gerechtfertigt.

Der Vorsitzende erklärt weiter, die Mädchen-Realschule Heilig Blut habe einen höheren Zuschuss als bisher beantragt. Er berichtet, in der



Vergangenheit seien 135.000 € als Zuschuss des Landkreises mit Herrn Prälat Blöckl vereinbart worden. Diese Vereinbarung sollte noch gelten. Es stehe jedoch einer Schule zu, einen höheren Zuschuss zu beantragen. Die bisherigen Leistungen der Mädchen-Realschule seien nicht unerheblich. Der Zuschuss sei als Investitionskostenzuschuss gedacht und kein Beitrag, der sich auf die Schulgeldzahlung auswirken dürfe.

**Kreisrat Peis** denkt, es gebe keinen Grund, warum der Zuschuss erhöht werden sollte.

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Fischer** stimmt dem zu.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass ein freiwilliger Zuschuss in Höhe von 135.000 € eingeplant werden solle.

Weiter erklärt er, für das Bündnis „Bunt statt braun“ sei ein Zuschuss von 2.000 € beantragt worden.

Damit besteht Einverständnis.

Daraufhin bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0008-14

Dem Kreisausschuss und Kreistag wird empfohlen, die Bereiche Schulen und Kultur des Haushaltes 2009 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen (freiwillige Leistung an Kreisverein 6.000 €, Bündnis „Bunt statt braun“ 2.000 € und Mädchen-Realschule Erding 135.000 €) zu verabschieden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

**Empfehlung an den Kreisausschuss**, Mittel für die Fortschreibung des Schulentwicklungskonzeptes (Hauptschulen) einzuplanen. Eine konkrete Summe kann derzeit noch nicht genannt werden.

## **5. Bekanntgaben und Anfragen**

### **5.1 Anfrage Kreisrat Biller - FOS**

**Kreisrat Biller** merkt an, ab Februar 2009 sei geplant, an der FOS einen Vorkurs für Schüler, die nach dem M-Zug der Hauptschule oder der Wirtschaftsschule die FOS besuchen wollen, einzurichten, um die Schüler auf die Arbeitsweise an der FOS vorzubereiten, damit sie dann nicht „hängen bleiben“. Dazu seien zwei Klassen geplant. Für Schüler, die weiter weg vom Zentrum Erding wohnen sei es notwendig, eine Klasse am Samstag anzubieten.

Kreisrat Biller fragt, ob er sich darauf verlassen könne, wenn im Busfahrplan Rufbus steht, dass die Schüler in dem Maße auch transportiert werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** sagt, pauschal könne das nicht so gesagt werden. Grundsätzlich sei eine Beförderung in der bestehenden Kapazität möglich. Der Rufbus sei ein spezieller Bus mit weniger Sitzplätzen. Der Rufbus sei nicht zu verwechseln mit dem Anruflinientaxi. Beim Anruflinientaxi fahre ein Fahrzeug nur, wenn es angefordert werde. Bei Bedarf könne ein zweites Taxi eingesetzt werden. Ein Rufbus sei dagegen im Fahrplan eingeplant und könne angefordert werden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende beendet die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur um 17.30 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Elfriede Mayer  
Verwaltungsangestellte